Unterrichtung

Hannover, den 07.03.2023

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2020

Schloss Marienburg - Land und Bund zahlen die Sanierung

Beschluss des Landtages vom 22.09.2022 - Drs. 18/11763 Nr. 36 - nachfolgend abgedruckt:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen teilt die Auffassung des Landesrechnungshofs, dass die Sanierung des Schlosses Marienburg zu einer hohen finanziellen Belastung des Landeshaushalts führt und eine höhere finanzielle Beteiligung der früheren Eigentümerseite angemessen wäre.

Der Ausschuss ist darüber hinaus mit dem Landesrechnungshof der Ansicht, dass die von der Landesregierung und weiteren Beteiligten gefundene Gesamtlösung zur dauerhaften Öffnung des Schlosses für die Öffentlichkeit noch offene Punkte enthält, die das Land zukünftig finanziell belasten könnten.

Er erwartet daher von der Landesregierung, schnellstmöglich

- die Zuständigkeiten für den museumsfachlichen Betrieb des Schlosses sowie dessen Weiterentwicklung und
- die Finanzierung sowohl dieser Aufgaben als auch der erforderlichen Restaurierung der landeseigenen Kunstwerke zu klären.

Er erwartet, dass die Landesregierung die notwendige Klärung zu den vorstehenden Punkten unverzüglich herbeiführt, um das Risiko zukünftiger finanzieller Belastungen für das Land zu minimieren.

Über das Veranlasste ist dem Landtag bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 02.03.2023

Bereits in seiner Stellungnahme zur Vorläufigen Prüfungsmittelteilung vom 11.11.2021 hatte das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) erklärt, die Auffassung des Landesrechnungshofs (LRH) zu diesen beiden Punkten zu teilen. Gleichzeitig wurde angekündigt, die Stiftung Schloss Marienburg (im Folgenden „Stiftung“) und die Schloss Marienburg GmbH & Co. KG (im Folgenden „Pächter“) zeitnah aufzufordern, im Einvernehmen mit dem Niedersächsischen Landesmuseum Hannover (im Folgenden „Landesmuseum“) aussagekräftige Konzepte vorzulegen. Mit der Umsetzung dieser Konzepte sollten die vom Landesrechnungshof in der Vorläufigen Prüfungsmittelteilung definierten Ziele erreicht werden. Für den Fall, dass es auf diesem Weg zu keiner befriedigenden Einigung kommen sollte, hat das MWK dem LRH zugesichert, dafür Sorge zu tragen, dass ggf. mithilfe der Grunddienstbarkeit des Landes und den vertraglichen Möglichkeiten der Stiftung Abhilfe geschaffen wird.

Mit Schreiben vom 01.02.2022 wurden die Stiftung und der Pächter über die sie betreffenden Ergebnisse der Prüfung des LRH informiert. Sie wurden gebeten, „im ersten Halbjahr 2022 in enger Abstimmung und im Einvernehmen mit dem Landesmuseum aussagekräftige Konzepte i. S. von § 11 Abs. 1 und 3 des Pachtvertrags vom 30.12.2020 vorzulegen und umzusetzen. Um die vom LRH angesprochenen Herausforderungen bewältigen zu können, müssen diese Konzepte eine angemessene materielle Gegenleistung für den Aufwand enthalten, der aus öffentlichen Mitteln zugunsten von Stiftung und Betreiber erbracht wird“.

Darüber hinaus wurde die Stiftung gebeten, „nach guter fachlicher Praxis und möglichst umgehend konservatorische, kuratorische und wissenschaftliche Vorgaben gem. § 1 Abs. 2 des Pachtvertrags vom 30.12.2020 zu entwickeln, nach denen sich der Pachtbetrieb mit Blick auf Museumsräume und Kulturgut zukünftig zu richten hat“.

Daraufhin legten sowohl der Pächter als auch das Landesmuseum Hannover Konzeptentwürfe vor, über die in der Folge trotz intensiver Gespräche kein Einvernehmen erzielt werden konnte. Es fehlte die Einigung zwischen Pächter und Landesmuseum bezüglich einer Beteiligung an den Einnahmen aus dem Museumsbetrieb, um eine angemessene Gegenleistung für die leihweise Überlassung von Landesvermögen im Wert von 2 Millionen Euro zu erbringen. In den Gesprächen zwischen MWK, Landesmuseum, Stiftung und Pächter war seitens der Vertreterinnen und Vertreter des Landes darauf hingewiesen worden, dass eine solche Weigerung im Ergebnis zu einer Kündigung des Ausstellungsvertrags vom 02.07.2019 sowie zur Inanspruchnahme des Mitbenutzungsrechts des Landes an sämtlichen Räumlichkeiten des Schlosses führen könne.

Nachdem der Landtag die Landesregierung mit dem Beschluss der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2020 am 22.09.2022 aufgefordert hatte, unverzüglich die notwendige Klärung zu den vom Landesrechnungshof identifizierten offenen Punkten herbeizuführen, hat das Landesmuseum am 29.09.2022 den Leihvertrag mit dem Pächter vom 02.07.2019 aus wichtigem Grund gekündigt. Gegenstand des Vertrags war die unentgeltliche Überlassung von 138 Gemälden im Eigentum des Landes sowie fünf Gemälden, die seitens der Ernst von Siemens-Kunststiftung, der Stiftung Niedersachsen und der Landschaftlichen Brandkasse Hannover dem Landesmuseum zur Ausstellung auf Schloss Marienburg überlassen worden sind.

Gleichzeitig hat das MWK den Pächter aufgefordert, Vorschläge zur weiteren Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Vorgaben von LRH und Landtag vorzulegen. Dieser Bitte ist der Pächter nicht nachgekommen, sondern hat am 29.10.2022 die Wirksamkeit der Kündigung des Leihvertrags in Abrede gestellt. An der Wirksamkeit der Kündigung bestehen seitens MWK keine Zweifel. In der Folge hat das MWK der Stiftung am 03.11.2022 angekündigt, das Landesmuseum werde ab dem 01.01.2023 die dem Land eingeräumten und grundbuchlich abgesicherten Mitbenutzungsrechte an den Räumlichkeiten im Schloss Marienburg in Anspruch nehmen.

Am 22.12.2022 forderte das MWK die Stiftung auf, die kuratorische, konservatorische und wissenschaftliche Verantwortung für ihr kulturhistorisch wertvolles Inventar an das Landesmuseum zu übertragen und dazu ihr vertragliches Recht aus § 1 Abs. 2 des Pachtvertrags vom 30.12.2020 zu nutzen, nach guter fachlicher Praxis die konservatorischen, kuratorischen und wissenschaftlichen Vorgaben zu bestimmen, unter denen das Inventar dem Pächter zur Verfügung steht.

Der Stiftungsrat hat daraufhin im schriftlichen Verfahren mit Wirkung vom 15.02.2023 den Beschluss gefasst, zukünftig sämtliche konservatorischen, kuratorischen und wissenschaftlichen Entscheidungen mit Bezug auf die Kunst- und Einrichtungsgegenstände im Eigentum der Stiftung Schloss Marienburg nach Maßgabe der fachlichen Bewertung durch den bevollmächtigten Vertreter des Landesmuseums zu treffen und diese Entscheidungen als Vorgaben der Verpächterin im Sinne von § 1 Abs. 2 des Pachtvertrags vom 30.12.2020 zu werten.

Damit liegt die Zuständigkeit für den museumsfachlichen Betrieb des Schlosses sowie dessen Weiterentwicklung beim Landesmuseum. Zur Finanzierung dieser Aufgaben als auch der erforderlichen Restaurierung der landeseigenen Kunstwerke kann das Landesmuseum aufgrund der in Anspruch genommenen Dienstbarkeit des Landes künftig eigene Einnahmen aus Eintrittsgeldern erzielen. Das Land und die Stiftung werden nun in Gesprächen mit dem Pächter zu klären haben, auf welche Weise diese Einnahmen dem Landesmuseum zufließen.

(Verteilt am 08.03.2023)